

Als die Konsensfähigkeit verloren ging

In der Zeitschrift „Volk in Bewegung“ wird in der Folge 6/2022 eine Abhandlung von

Werner Haverbeck

erscheinen unter der Überschrift

Wie die Linken gekauft wurden

Dazu erklärt „Volk in Bewegung“:

Die linksextreme Innenministerin der BRD will die Einbürgerung von Ausländern beschleunigen. Die Ursachen für den wirtschaftlich-kulturellen Irrweg der Masseneinwanderung liegen etwa 40 Jahre zurück.

Wer wollte die Einwanderung und wer profitiert davon? Welche Kreise haben die Diskreditierung des politischen Widersachers bis hin zur strafrechtlichen Verfolgung dieser Tage vorangetrieben?

*Eine Antwort gibt der Brief von **Prof. Dr.***

Werner Haverbeck an Brigitte Gollwitzer
von der Gustav-Heinemann-Initiative (GHI)
vom 13. Mai 1982.

Es ging um das „Heidelberger Manifest“, in dem sich 19 Hochschulprofessoren gegen die weitere Einwanderung von Ausländern aussprachen.

Er schrieb dort:

„Es war uns bekannt, daß in der GHI sehr unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich der ökologischen Probleme unserer Industriegesellschaft dem Trägerkreis zu eigen sind.

Wir verstanden die Hinzuziehung zum Kreis der ersten Initiatoren als um dieser unseren Akzentsetzung willen gemeint und haben uns gerade aus der dankbaren Erinnerung an **Gustav Heinemanns Hilfe trotz dieser unterschiedlichen Lagebeurteilung beteiligt.**

Ich bitte aber auch die Freunde zu ver-

stehen, daß wir jetzt nicht dieser ökologischen Grundhaltung abschwören können. Nicht anderes aber erwarten Sie, wenn wir die Ausländerfrage im herkömmlichen SPD-Verständnis betrachten sollen.

Nach unserer Sicht handelt es sich dabei um ein primär ökologisches Problem, das zwar von einer Gruppe nur als „völkisches“ Problem verstanden wurde, gerade aber darum die Einbeziehung und Vertretung des ökologischen Aspektes durch uns notwendig macht.

Bereits im Entwurf des sog. Heidelberger Manifestes, der durch vielseitigen Mißbrauch vorzeitig veröffentlicht worden ist, wird die Stellung der Erstunterzeichner „gegen ideologischen Nationalismus, gegen Rassismus und gegen jeden Rechts- und Linksextremismus“ ausgesprochen.

Warum werden solche Äußerungen übersehen, totgeschwiegen, ja ins Gegenteil verkehrt – nur, weil im ersten (veröffentlichten) Entwurf

Schwachstellen enthalten sind, die ich selbstverständlich als solche erkannte und monierte?

Warum wird nicht die Absicht der inzwischen vermehrten Unterzeichner honoriert, ein zweifellos vorliegendes und inzwischen von allen Parteien diskutiertes Problem zur Sprache zu bringen?

Selbstverständlich geschieht dies unterschiedlich, ja kontrovers, wie sich dies für eine funktionierende Demokratie gehört.

Ist in unserer Demokratie nicht mehr „Platz für eine Vielfalt der Meinungen, die es in offener Diskussion zu klären gilt“?

Diese Forderung Gustav Heinemanns ist – wie jeder Briefbogen ausweist – das erklärte Prinzip der nach ihm benannten Initiative. Warum soll dies den Hochschulkollegen verwehrt sein? Und warum werden ernste Sachfragen, über die es miteinander zu befinden gilt, in einer Weise abgehandelt, die den Kontrahenten

pauschalierend diffamierend in eine Ecke drängt, in die er gar nicht hineingehört?

Das trifft beispielsweise für den „Sprecher“ des Heidelberger-Manifest-Kreises **Prof. Schmidt-Kaler zu, der sich zum biblisch-christlichen Weltbild bekennt, und auf **Prof. Illies**, der der Synode der EKD angehört.**

Und wieso kann die durch zwei Jahrzehnte währende Bundesgenossenschaft zwischen uns in der Ostermarsch-Kampagne und mein vorangegangenes Engagement in der Friedensarbeit nun auf einmal nicht mehr Gewicht genug haben, um in Hinblick auf die Sache selbst gehört zu werden?

Dazu ein interpretierendes Wort:

Es war doch schon 20 Jahre deutlich, daß die Mobilisierung der Bauern und Mütter zum Zwecke der kontinuierlichen Industrieexpansion gefährlich und selbstmörderisch war.

Die weitere Anheizung dieses exponentiellen Wachstums – vor dem gerade

**Gustav Heinemann in der Zeit seiner
Präsidentschaft mit Verweis auf Mae-
dow's „Grenzen des Wachstums“ öf-
fentlich und nachhaltig gewarnt hat –
das Anwerben von Gastarbeitern machte
sie Sache noch schlimmer.**

**Damals wurden die Warner verspottet und
in die „linke“ Ecke gestellt. Ich habe
das als Hochschullehrer erfahren, als
ich – mit Berufung auf vollständige
Zitate der Frankfurter Rede des
Bundespräsidenten Heinemann – mich
entsprechend in den Vorlesungen äußerte.**

**Für meine Dozentenkollegen stand
ich damals „links ab-seits“.**

**Heute, wo die Fehlentwick-lung
nicht mehr zu verheim-lichen ist,
sollen Korrekturen verhindert
werden durch Verleumdung als
„Neofaschi-sten“ und Rufmord.**

**Woher eigentlich sollen die fehlenden
Millionen Arbeitsplätze kommen? Die
herkömmlich Antwort lautet: Durch**

weiteres Industriewachstum. Wer finanziert dieses? Antwort: Die Großbanken und der Staat, ebenfalls mit Hilfe des Kapitals.

Das Ergebnis ist eine wachsende Abhängigkeit der Wirtschaft durch das Kapital und eine weitere nicht mehr ver-kraftbare Umweltbelastung. Die sog. Freiheit im Westen wird weiter beschnitten.

Es gibt nur einen Ausweg: Eine gezielte Entwicklungs- und Aufbauhilfe in den wesentlich dünner besiedelten Heimatländern der Gastarbeiter und deren Rückführung dorthin.

Unser bisheriger Weg des Größenwahns ist doch wohl nicht mehr ernsthaft zu verteidigen. Fehler müssen korrigiert werden.

Man darf nicht einfach sagen: Weil wir die Türken hereingeholt haben, deswegen haben sie auch ein Recht ihre Familien nachzuholen, hier zu bleiben und deutsche Staatsbürger zu werden.

Dann können wir auch den Abwehrkampf gegen die Atomenergie aufgeben, weil wir ja nun einmal Atomkraftwerke haben. Ich kann verstehen, wenn die Wirtschaftskonzerne, die ja diese Expansionspolitik forcieren, nun so argumentieren.

Nicht verstehen kann ich, wenn das von ökologisch orientierten Gruppen bzw. Demokraten mitgemacht wird. Zu behaupten, daß eine solche Integrationspolitik menschenfreundlich sei, erscheint mir geradezu zynisch, denn sowohl die einheimische Bevölkerung wie auch die Ausländer sind die Betrogenen und ins Unglück Gestürzten.

Äußerst befremdlich wirkt auf mich jedoch die im Namen der GHI erklärte „Unvereinbarkeit“ einer Korrektur der bisherigen Wirtschaftspolitik auch in Hinblick auf die Gastarbeiter mit den Zielen der GHI. Wie soll ich mich gegenüber den zahlreichen Partnern dieser Erörterungen, wie mit den Mitunterzeichnern des „Manifestes“ eine von Ihnen erwartete Distanzierung vertreten.

***Das Schwerste ist die Glaubwürdigkeit.
Von der Sache kann ich dies, wie eben
dargestellt, nicht.“***

Resümee:

- Schon vor 40 Jahren wurden notwen-dige Korrekturen von einflußreichen Kräften aus der Wirtschaft verhindert.***
- Die Grünen und die Linken haben sich von Kapitalinteressen kaufen lassen.***
- Seither verringert sich zunehmend der Spielraum der Politik.***
- Noch schlimmer: Statt Ge-spräch und Konsensfindung bestimmen Ausgrenzung, Haß und Hetze – moderiert von den gekauften Medien – das Bild.***